

Wer jetzt allein ist

Ob in Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder dem Saarland: Die ersten Unis sind gezwungen, in der Kooperation mit Hochschulen weiter zu gehen, als sie wollen. Wegducken hilft nichts, sagt ein erfahrener Wissenschaftsmanager und rät: Schmiedet endlich Verbünde!

von Winfried Schulze

 **Wie ist Ihre Meinung zum Thema?**
Schreiben Sie uns oder dem Autor.
Kontakt:
duz-redaktion@raabe.de

Der Rektor der Universität Jena, Professor Dr. Klaus Dicke, hat es Anfang des Jahres in einem Interview auf den Punkt gebracht: „Kooperationen, die in allen Ländern gefordert werden, sollen ein Mehr und kein Weniger bringen. Aber Kooperationen sind auch kein Allheilmittel und nicht überall möglich. Außerdem setzen sie erhebliche Kooperationsbereitschaft auf allen Seiten voraus, kosten Geld, und es ist keineswegs sicher, dass sie immer funktionieren.“ Diese realistische Einschätzung eines Universitätsrektors in einem Bundesland, das sich großen Sparzwängen ausgesetzt sieht, macht deutlich: Die aktuelle Debatte um Hochschul-Kooperationen gewinnt ihren Schwung vornehmlich aus zwei Entwicklungen. Zum einen aus der wachsenden Finanznot in den Ländern und dem damit verbundenen Glauben, mit Kooperationen Geld zu sparen. Zum anderen ist die Debatte getrieben von den Erfordernissen der Wissenschaft selbst. Komplexere Themenstellungen können im Rahmen größerer Verbünde schlicht erfolgreicher angegangen werden als mit den begrenzten Mitteln einer kleinen oder mittleren Fakultät.

Die Zusammenarbeit von Hochschulen ist also offensichtlich ein ambivalentes Konzept, das in seinen unterschiedlichen Auswirkungen genauerer Prüfung bedarf. Überlegungen dazu gab es auch in der jüngeren Vergangenheit bereits viele. Erinnert sei nur an die Vorschläge zur Konzentration der Forschungsmittel nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative auf eine begrenzte Zahl von leistungsfähigen „bundesunterstützten Exzellenzregionen“ oder an die Perspektive eines „Zukunftsraums“ Wissenschaft angesichts der zunehmenden Bedeutung von „strategiefähigen Forschungsregionen“. Der Freistaat Sachsen entwickelte schon 2011 in seinem „Entwicklungsplan 2020“ die Idee von „Wissenschaftsregionen“ und machte damit Schule in anderen Ländern. Im Jahr 2013 hat der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zu den Perspektiven des Wissenschaftssystems der regionalen Bündelung von wissenschaftlichem Potenzial ein besonderes Gewicht beigemessen, indem er in „einer langfristig bis dauerhaft ausgerichteten institutionellen Kooperation“ ein probates Mittel sah, um „gemeinsame Interessen zu stärken und die Sichtbarkeit zu erhöhen“.

„Die Finanznot zwingt zu einer schmerzhaften Verdichtung“

Prof. Dr. Wolfgang Marquardt, der damalige Vorsitzende, ging in einer Rede noch einen Schritt weiter und sprach von „funktionalen Verbünden in einer Region“. Sein Nachfolger, Prof. Dr. Manfred Prenzel, hat diesen Gedanken bewusst aufgegrif-

fen und im Sommer ein Positionspapier vorgelegt. Die jüngsten Vorschläge des Wissenschaftsrates zur „Weiterentwicklung der Hochschullandschaft des Saarlands“ unterstreichen die Dringlichkeit von kooperativen Modellen von Forschung und Lehre an den Hochschulen sogar über Ländergrenzen hinweg in nicht zu überbietender Deutlichkeit; gleiches gilt für Sachsen-Anhalt. Damit ist eine Problematik angesprochen, die weit über die betroffenen Länder hinausreicht und angesichts ihrer Konsequenzen bundespolitische Beachtung erfordert.

Die Hochschullandschaft steht vor einem Umbruch. Vordergründig geht es um die Modalitäten der Bund-Länder-Finanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative im Jahr 2017. Dahinter aber sind weitreichende Entwicklungen erkennbar, die eine politische Reaktion erfordern. Auf der einen Seite sind dies die zunehmende Komplexität der wissenschaftlich und gesellschaftlich relevanten Fragestellungen, die damit steigenden Kosten für Geräte und Personal und die Einsicht in die offensichtlich notwendige Ansammlung einer kritischen Masse von fachlich affinen, kompetenten Forschern auf relativ engem Raum. Auf der anderen Seite steht den Hochschulen unweigerlich das Ende der Wachstumsphase bevor. Die Finanznot zwingt zu einer vermutlich schmerzhaften Verdichtung der Hochschullandschaft. Dass dies kein politisches Thema ist, das man gerne angeht, liegt auf der Hand, trotzdem erfordert es unsere Aufmerksamkeit: Der Wille zu politischem Gestalten kann nicht nur für Wachstumsphasen gelten.

Breites Einvernehmen herrscht darüber, dass engere Kooperationen dringend erforderlich sind, um Doppelarbeit zu vermeiden und Ressourcen zu bündeln. Bislang haben sich diese Überlegungen vor

Sitzt, wackelt und hat Luft: Die perfekte Kooperation zwischen Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Instituten will vielerorts erst noch gefunden sein.

allein auf die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen konzentriert. Diese beinahe schon traditionelle Variante der Kooperationsforderung wird jedoch sicher nicht die Probleme lösen können, vor denen wir in den nächsten beiden Jahrzehnten stehen werden. Angesichts der schon erwähnten finanziellen Rahmenbedingungen und der weiter fortschreitenden Differenzierung der Hochschullandschaft durch die zunehmende Profilierung der Institutionen liegt es nahe, über neue Strukturen nachzudenken, die die Kooperation von Hochschulen auch in jenen Regionen ermöglichen, die nicht mit einer großen Zahl außeruniversitärer Institute gesegnet sind. Erste Ansätze einer vorausschauenden Hochschulkooperation haben sich auch hierzulande gebildet. Zu nennen wäre etwa der Zusammenschluss der drei Ruhrgebietsuniversitäten zur Universitätsallianz Ruhr (seit 2007). In vielen Bundesländern laufen derzeit Diskussionen über die Entwicklung von Gesamtplänen für die Landeshochschulentwicklung. Dahinter steckt die ausgesprochene Absicht, eine effektive Landesgesamtplanung zu erreichen. Unausgesprochen verbirgt sich dahinter die Notwendigkeit einer Reaktion auf die voranschreitende Differenzierung der Hochschullandschaft einschließlich der Fachhochschulen und – am allerwenigsten ausgesprochen – natürlich die Absicht, die Hochschullandschaft auf sinkende Studierendenzahlen vorzubereiten.

Die Aufgabe einer solchen Gesamtplanung ist gewaltig. Um sie bei gleichzeitiger Wahrung der Hochschulautonomie bewältigen zu können, sollten die Länder auf finanzielle Anreize für regionale Hochschulkooperationen setzen, die sich keineswegs nur auf die universitäre Ebene beschränken müssen. Anstatt nur auf die Sicherung kleiner Fächer, besonders nachgefragter Lehrerberufe oder Mindeststandards in der Lehre zu sehen, sollten sie in ihren Hochschulgesetzen, gegebenenfalls durch Experimentierklauseln, die intensivere Zusammenarbeit der Hochschulen nicht nur – wie bisher schon möglich – hinnehmen, sondern sie aktiv fördern und unterstützend begleiten. Das neue baden-württembergische Hochschulgesetz bietet hier mit der Möglichkeit „rechtsfähiger Hochschulverbände“ ein Modell an, das Schule machen sollte. Auch die Einrichtung von Strukturfonds für regionale Hochschulkooperationen könnte eine für die Zukunft wichtige Rolle spielen, weil damit der notwendige Wandel behutsam auf den Weg gebracht werden könnte. Nur so können in einem strukturell schrumpfenden System administrative Gewaltakte vermieden werden, die andernfalls womöglich erforderlich sind. Die Hochschulen selbst aber könnten ihren Beitrag zu einer solchen Entwicklung nicht nur durch gemeinsame Forschungsvorhaben und -institute leisten, sondern auch durch die Bündelung ihrer Lehrangebote im forschungsrelevanten Bereich der Master- und Promotionsstudiengänge.

Über solche Fonds ließen sich Anreize für echte Kooperationsschritte wie die Bildung gemeinsamer Studiengänge, Institute und Fakultäten denken. Im Hinblick auf die nötigen Veränderungen der Hochschullandschaft wäre das gut angelegte Geld. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die schon manche positive Strukturveränderung auf den Weg gebracht hat, könnte eine solche Entwicklung durch eine zielführende Ausschreibung ihrer Programme vorantreiben. Wenn diese Strategie der sich bottom-up entwickelnden Verdichtung der Hochschullandschaft in regionalen Einheiten Anerkennung fände, wäre damit auch eine akzeptable Grundlage für eine neue Art der Mittelverteilung von Bund und Ländern nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative geschaffen. Für die Bundesregierung wäre eine solche Programmlinie mehr als nur eine attraktive Ausweitung ihrer Spitzencluster-Förderung. Sie würde auch die kompetitive und offene Weiterführung bisheriger leistungsstarker Cluster aus der Exzellenzinitiative ermöglichen und zugleich durch die Stärkung neuer „funktionaler Verbünde in einer Region“ ein unübersehbares Signal für eine Neuordnung der Hochschullandschaft setzen. Diese Neuordnung ist unausweichlich, wird in ihrer Dringlichkeit aber bislang nicht erkannt. ■



WINFRIED SCHUZE ist emeritierter Professor für Neuere Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, Vorsitzender des Hochschulrats der Universität Paderborn und Direktor des Mercator Research Center Ruhr in Essen. Von 1998 bis 2001 war Prof. Dr. Winfried Schuze Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Links

Empfehlung des Wissenschaftsrats zu den Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems

 www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf

Der regionale Verbund als hochschulpolitische Perspektive. Bericht des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates vom Juli 2014

 www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/VS_Bericht_Juli_2014.pdf